Grü/0027/2023

Parteienantrag Grüne

Az:

Datum:

27.06.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Haupt- und Finanzausschuss		Vorberatung	
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie		Vorberatung	
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Landwirtschaft und Verkehr		Vorberatung	
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung	

Eckwerteantrag - Nachhaltige, energetische Quartierslösung**Eckwerteantrag:**

Die Stadt Groß-Umstadt führt eine Machbarkeitsuntersuchung für nachhaltige energetische Quartierslösungen durch. Die Untersuchung umfasst insbesondere Lösungen für Quartiere im Bestand aber auch Lösungen für Neubaugebiete. Die Möglichkeit der Nutzung von Abwärme aus Industrie und Gewerbe ist zu prüfen.

Die voraussichtlichen erforderlichen Kosten für diese Machbarkeitsuntersuchung sind zu ermitteln und im Haushaltsplan 2024 bereitzustellen.

Die Ergebnisse bis zum 1. Juli 2024 vorzulegen. Der Stand der Zielerreichung ist in den Budgetberichten darzustellen.

Zeitpunkt: - Haushalt 2024

Kennzahl: - Eine Machbarkeitsuntersuchung ist erstellt und liegt vor.

Begründung:

Den Abschied von Öl- und Gasheizungen ist für viele Menschen mit hohen Kosten verbunden. Viele Menschen haben Sorge, dass dies ihre Leistungsfähigkeit übersteigt. Eine Lösung kommunaler Unterstützung könnten hier energetische Quartierslösungen sein. Zudem können im Vergleich zur Betrachtung einzelner Gebäude für ein Quartier zusätzliche Energiekonzepte umgesetzt werden.

Die dezentrale Energieversorgung mehrerer Gebäudekomplexe ist nicht nur besonders effektiv, sondern auch vergleichsweise günstig und klimafreundlich.

Die Energieversorgung von ganzen Quartieren gemeinsam zu gestalten ist ein Erfordernis der Energiewende. Denn man kann den Verbrauch einer Eigenerzeugung in größeren Dimensionen besser gegenüberstellen, mithilfe von Speichern Defizite oder Überproduktion kurz- und langfristig ausgleichen und dank Digitalisierung eine deutlich höhere Energieeffizienz erreichen als bei kleinteiligen Lösungen im gleichen Gebäudebestand.

Laut dem Hessischen Energiegesetz §13 sind Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern ab November 2023 zudem verpflichtet, eine kommunale Wärmeplanung zu entwickeln:
<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-EnGHE2012V2P13>